

„Filetstück des Agrarsektors“

Hannover: Politiker nehmen Branche gegen Kritik in Schutz

Hannover (mt) – Auf die Agrar- und Ernährungswirtschaft setzt die Politik im Oldenburger Münsterland. Dies wurde während des Parlamentarischen Abends deutlich, zu dem der Verbund Oldenburger Münsterland zum Abschluss der EuroTier eingeladen hatte.

Vechtas Landrat Albert Focke ärgerte sich in seiner Rede über das schlechte Image der Branche – dies zu Unrecht, wie er befand. „Da prognostiziert eine Studie für die kommenden fünf Jahre ein durchschnittliches Wachstum von sechs Prozent. Zum gleichen Zeitpunkt wird dieser Zukunftsbranche in Deutschland mit wachsender Aggressivität die Existenzberechtigung bestritten“. Nur noch geringe Teile der Bevölkerung verfügten laut Focke über eigene Erfahrungen mit der Landwirtschaft und

der Lebensmittelverarbeitung. Das zuletzt in Mitleidenschaft geratene Vertrauen der Öffentlichkeit sei aber nur zurück zu gewinnen, indem die Agrar- und Ernährungswirtschaft „alle Aspekte der modernen Tierhaltung offen zur Sprache“ bringe, betonte der Landrat.

Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüsch würdigte das Oldenburger Münsterland als „Filetstück“ des Agrarsektors, das es weiter zu fördern gelte. „Wir wollen seine Kraft und Dynamik erhalten und stärken“, sagte sie. Bernd-Udo Hahn vom Bundeslandwirtschaftsministerium betonte, die künftige Sicherung der Welternährung und „Erhaltung der gesellschaftlichen Akzeptanz“ der Veredelungswirtschaft in Deutschland sei nur durch weitere technologische Innovationen möglich.

Kritik übte Ewald Drebing, Vorsitzender des Agrar- und Ernährungsforums Oldenburger Münsterland, an der Initiative des Bundeslandwirtschaftsministeriums „Klarheit und Wahrheit bei der Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln“. Er lehnte sie als „Internet-Pranger“ ab. Deutsche Lebensmittel hätten unter Fachleuten ein „hohes Ansehen“. Die Internet-Plattform sei ungeeignet, den Verbrauchern das „hochwertige Qualitätsniveau“ und die „außerordentliche Produktsicherheit“ transparent zu machen, meinte Drebing. Er lehnte auch die Dauerförderung von Bioenergien ab. Der Staat solle nur als Anschubfinanzierer für neue Techniken fungieren. Drebing: „Subventionen für laufende Produktionen müssen schnellstens abgeschafft werden.“



Hochkarätige Besetzung: 300 Unternehmer, Bankvorstände, Politiker und Bürgermeister trafen sich zum „Parlamentarischen Abend“ auf der EuroTier in Hannover. Foto: Hauke